

# Um die Demokratisierung des englischen Schulwesens

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **28 (1949)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336227>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## *Um die Demokratisierung des englischen Schulwesens*

Eine gründliche Reform des Schul- und Erziehungswesens an Haupt und Gliedern gehörte zu den vordringlichen Aufgaben der britischen Arbeiterregierung, als diese von den Wählern im Juli 1945 zur Macht berufen wurde. Auf diesem Gebiet hatte sich die Klassenscheidung vielleicht am stärksten geoffenbart. Großbritannien besaß einzigartige Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten — für eine zahlenmäßig winzige Schicht, für die Kinder jener, die es sich «leisten» konnten. Dann gab es noch gewisse Möglichkeiten der Mittel- und Hochschulbildung für die Kinder des Mittelstandes, während die große Masse der Kinder — 80 bis 85 Prozent — auf eine Volksschulbildung von unterdurchschnittlichem Wert angewiesen war. Die ehrlichste Absicht der Sozialisten, Wandel zu schaffen und das Bildungsmonopol der Besitzenden zu zerbrechen, fand aber eine Schranke in dem Mangel an entsprechenden Schulgebäuden und dem Mangel an Lehrern.

Um den Zustand zu verstehen, in dem sich das englische Schulwesen noch vor nicht zu langer Zeit befand, muß man sich vergegenwärtigen, daß es vor 1870 ein öffentliches Schulwesen überhaupt nicht gegeben hat und daß Schule und Unterricht lange als eine Angelegenheit privater Profitmacher galten<sup>1</sup>. Nach und nach wurden öffentliche Schulen für jene eingerichtet, die, um im Arbeitsprozeß nützlich sein zu können, nach den Worten des Preußenkönigs Friedrich II. «ein bißchen lesen und schreiben» können mußten, sich aber den Luxus einer «richtigen» Schulbildung nicht erlauben konnten. Dementsprechend waren auch die öffentlichen Volksschulen schlecht untergebracht, oft unter gesundheitsschädlichen Bedingungen, schlecht ausgestattet und fürchterlich überfüllt. Die einzelnen Klassen durften bis zu 50 Schülern haben und 2000 hatten mehr als 50; man kann sich leicht vorstellen, wie wenig individuelle Aufmerksamkeit ein überarbeiteter und dabei jämmerlich bezahlter Lehrer den ihm anvertrauten Kindern schenken konnte.

Die einzige gesetzgeberische Reform des Koalitionskabinetts Churchill-Attlee war die Erlassung eines neuen Schulgesetzes im Jahre 1944. Die Ver-

---

<sup>1</sup> «Man braucht eine Lizenz, um Vieh schlachten, Medikamente verkaufen und Häuser bauen zu dürfen, aber jeder kann sich mit jeder Qualifikation oder ohne sie in England eine Schule errichten und an einfältige Eltern ‚Erziehung‘ verkaufen» (Richard Croßman).

dienste des damaligen konservativen Schulministers R. A. Butler, eines Mannes mit modernen Anschauungen, sollen nicht in Abrede gestellt werden. Aber das Gesetz selbst schuf nur einen Rahmen, den auszufüllen den sozialistischen Nachfolgern Butlers, der früh verstorbenen Ellen Wilkinson und George Tomlinson, vorbehalten blieb. Höchstwahrscheinlich wäre auch diese Reform auf dem Papier geblieben, wenn die Konservativen 1945 gesiegt hätten; auch während des ersten Weltkriegs hatte das Parlament ein fortschrittliches Schulgesetz beschlossen, das von den bürgerlichen Nachkriegsregierungen nie durchgeführt wurde.

Das Schulgesetz aus dem Jahr 1944 teilt das öffentliche Schulwesen in drei Abschnitte ein. Die Elementarstufe schließt Kindergärten für Kinder unter fünf Jahren ein. Ihr Besuch ist nicht obligatorisch, die Schulpflicht beginnt mit fünf Jahren, aber die Gemeinden und Grafschaften sind jetzt zur Einrichtung von Kindergärten verpflichtet. Nach Absolvierung der Volksschule sollen die Kinder im Alter zwischen elf und zwölf Jahren in einen von drei Mittelschultypen übergeführt werden, und zwar in jenen, der ihrer Begabung am besten entspricht. Diese drei Typen («Grammar», «Technical» und «Modern School») lassen sich etwa mit der kontinentalen Einteilung in klassische Gymnasien, Realschulen und Realgymnasien vergleichen. Eine so frühe Spezialisierung muß Bedenken erregen, um so mehr, wenn man hört, daß die Schulkinder schon in diesem Alter durch unausgesetzte «Intelligenzteste» irritiert zu werden pflegen. Die Labour Party hat sich wiederholt für das System der Einheitsschule ausgesprochen, und auch das Wahlprogramm für 1950 «Labour glaubt an Britannien» hält an diesem Prinzip (das in England «allumfassend» genannt wird), fest, so daß man hoffen kann, daß es in einem nicht zu fernen Zeitpunkt das im Butlerschen Gesetz aus dem Jahre 1944 vorgesehene verdrängen wird. An die Mittelschulbildung soll sich die «weitere» Erziehung anschließen, als deren erste Stufe der obligatorische Besuch von Fortbildungskursen für alle bis zu 18 Jahren ist, die mit 15 Jahren ins Erwerbsleben getreten sind. (Ein Tag oder zwei halbe Tage in der Woche durch 44 Wochen oder acht volle oder zweimal vier Wochen.) Im Jahre 1938 genossen 47 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen diese Erziehung, 1947 schon 167 000. Mit geringfügigen Ausnahmen ist die Schulerziehung vom Kindergarten bis zur Fortbildungsschule — soweit das im Gesetz vorgesehene System schon zur vollen Durchführung gelangt ist — heute unentgeltlich für jedermann.

Von *einer* im Gesetz vorgesehenen Ermächtigung ist voller Gebrauch gemacht worden, und gerade da hat es nicht wenige Bedenken und Warnungen gegeben: das schulpflichtige Alter wurde 1947 auf 15 Jahre erhöht und

eine weitere Erhöhung auf 16 Jahre ist für die Zukunft ins Auge gefaßt. Die ausgesprochenen Warnungen gingen davon aus, daß die Verlängerung der Schulpflicht einen Mehrbedarf an 13 000 Lehrern schafft, die Not an Klassenräumen um weitere 6000 erhöht und 130 000 junge Menschen im Jahre 1947 sowie 390 000 im Jahre 1948 dem Arbeitsmarkt entzieht. Zweifellos waren das ernste Argumente, und es spricht für die Großzügigkeit des Konzeptes der Labourregierung, daß sie sich über sie hinweggesetzt hat. Die Warner von 1946 sind heute vollkommen verstummt. Ende 1948 gab es 440 000 mehr Schüler und Schülerinnen in den britischen Schulen als vor dem Kriege, zum Teil natürlich auch die Folge der Erhöhung der Geburtenzahlen.

Dem starken Mangel an Volks- und Mittelschullehrern mußte durch energische Maßnahmen an den Leib gerückt werden. Die Einrichtung von außerordentlichen Kursen zur Ausbildung von Lehrern, die besonders demobilisierten Soldaten offenstanden, hat sich sehr bewährt. Heute sind schon weit über 200 000 Lehrer tätig gegenüber 176 000 im Jahre 1947. Ein brennendes Problem ist der Mangel an Schulgebäuden, abgesehen von der Rückständigkeit vieler bestehender. Angesichts der allgemeinen Nachkriegsschwierigkeiten, der Vielfalt der Aufgaben einer nach Prioritäten gelenkten staatlichen Baupolitik, dem Mangel an Baumaterialien und an Bauarbeitern ist es sicher eine bemerkenswerte Leistung, daß bisher neuer Raum für 300 000 Schulkinder geschaffen und 6500 neue Schulkantinen errichtet wurden. (Mehr als die Hälfte aller Schulkinder bekommt in der Schule ein Mittagessen um den Gegenwert von 35 Rp., Milch wird für alle Kinder frei verabreicht, und auch die Mittagessen werden einem starken Prozentsatz der Kinder nicht berechnet. Der jährliche Zuwachs an Küchen und Kantinen deckt den Bedarf von 500 000 Kindern. Das Ziel ist die unentgeltliche Verabreichung der Speisen an alle.) Das Schulbauprogramm für 1948 war umfassender als das irgendeines vorhergegangenen Jahres der englischen Geschichte, das Programm für 1949 ist nahezu doppelt so umfangreich wie das für 1948.

Das Ergebnis ist ein Absinken der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse von 33,6 (1933) auf 32,9 (Januar 1949) und eine Verbesserung der Relation Lehrer zu Schüler von 1 zu 29,5 auf 1 zu 27,1. Das klingt nicht sehr überwältigend, doch muß man bedenken, daß sich die vorgeschilderten Maßnahmen noch nicht voll auswirken konnten und daß die absolute Zahl der Schüler gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegen ist. 32,9 Schüler pro Klasse ist sicher noch viel zu hoch, aber diese Durchschnittszahl gilt für das fünfte bis fünfzehnte Lebensjahr. In den Volksschulklassen mit den geburtenstarken Jahrgängen von fünf bis acht Jahren muß die Durchschnittszahl höher sein.

Doch das sind Dinge, die sich in absehbarer Zeit mit natürlichen Mitteln ins Gleichgewicht bringen lassen. Weit schwieriger ist das Problem, das sich aus dem Nebeneinander von öffentlichen und privaten (fälschlich «Public Schools» genannten) Schulen ergibt. Die privaten Volksschulen («Vorbereitungsschulen») sind meist rein kommerzielle Unternehmungen, während die den Mittelschulen entsprechenden «Public Schools» (Eton, Harrow usw.) mit vorwiegendem Internatsbetrieb heute meistens von Stiftungen verwaltet werden und daher nicht direkt auf Geldgewinn ausgehen. Aber sie sind Brutstätten des Snobismus und des Klassendünkels; das Verhältnis der Sozialisten zu ihnen ist daher von selbst gegeben. Das ändert aber leider nichts an der Tatsache, daß ihr pädagogisches Niveau weit über dem der öffentlichen Schulen liegt und daß es in der nächsten Zeit kaum möglich sein wird, das der öffentlichen Schulen so zu steigern, daß diese «konkurrenzfähig» sein werden. Dazu kommt, daß die Internatserziehung vom pädagogischen Gesichtspunkt keineswegs nur Nachteile hat und daß die Eltern des Kindes, das sie in die «Public School» schicken, dessen Laufbahn mitentscheiden können, welche Möglichkeit ihnen bei der öffentlichen Schule abgeht, in denen das Ergebnis der angestellten Tests allein den weiteren Studiengang bestimmt. Schließlich hat es, um ein praktisches Beispiel zu geben, der Arbeiterregierung nur Nutzen gebracht, daß Männer wie Attlee, Cripps und Dalton eine gründliche Erziehung in der «Public School» erhielten; trotzdem dürften der Hafenarbeiter Bevin, der Handlungsgehilfe Morrison und der Bergarbeiter Bevan in ihrer Gesellschaft keine Minderwertigkeitskomplexe empfinden. Darum opfern viele Eltern aus den Mittelschichten und viele überzeugte Sozialisten unter ihnen ihr Letztes, nur um ihren Kindern eine zwar teure, aber unvergleichlich bessere Erziehung geben zu können, als sie ihnen eine öffentliche Schule vermitteln kann.

Hier liegt ein Dilemma vor, aus dem ein Ausweg nicht leicht ist. Ein sozialistisches Mitglied der Studienkommission für Bevölkerungsfragen hat vorgeschlagen, das Schulgeld in diesen Schulen von Gesetzes wegen abzuschaffen, um so einen Anreiz für eine Erhöhung der Kinderzahl beim Mittelstand zu schaffen. Aber das hätte zur Folge, daß der Staat eine ungeheure finanzielle Last zur Erhaltung einer Institution auf sich nehmen müßte, die sich zweifellos überlebt hat. Auch heute gibt es Möglichkeiten für begabte Kinder, wenn sie ein Stipendium erlangen, eine «Public School» ohne Zahlung des Kollegengelds zu besuchen, aber viele Eltern können ihre Kinder davon keinen Gebrauch machen lassen, weil die Kleidervorschriften und gesellschaftlichen Verpflichtungen, die mit einem solchen Schulbesuch verbunden sind, noch immer ein zu großes Loch in ihr Budget reißen würden.

Eine andere Studienkommission hat eine «innere Aushöhlung» des Systems der «Public Schools» dadurch vorgeschlagen, daß man sie verpflichten soll, neben den Stipendiaten noch 25 Prozent ihrer Plätze von den Schulbehörden ausgewählten Kindern unentgeltlich vorzubehalten. Der sozialistische Abgeordnete Richard Croßman ist noch weiter gegangen und hat kürzlich unter Hinweis auf die Notwendigkeit, eine geistige Elite heranzuziehen, die Freihaltung von 40 Prozent der Plätze in «Public Schools» für Gratisstudenten — wieder neben den Stipendisten — beantragt. Sein Vorschlag ist im sozialistischen Lager auf lebhaften Widerspruch gestoßen, und die Heftigkeit dieses Widerspruches zeigt, um welche lebenswichtigen Fragen es hier geht.

Uns scheint die Vorstellung abwegig — und das wurde auch Croßman in der Diskussion vorgehalten —, daß man eine an sich undemokratische Institution auf diese Weise demokratisieren und ihre guten Seiten bei Abtötung der schlechten in den Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts stellen könnte. Sicher braucht auch ein sozialistisches Regime eine geistige Elite, aber ist das die richtige Art, sie heranzuziehen? Selbst wenn wir von der Möglichkeit absehen, daß sich die ihr aufgezwungenen Gratisstudenten in der feudalen Umgebung unwohl und geduldet fühlen, müssen wir doch feststellen, daß es zu den unerläßlichen Voraussetzungen einer Demokratie gehört, jedem die gleiche Chance zu bieten. Die beste Arznei gegen Klassendünkel ist die als Selbstverständlichkeit empfundene Vereinigung der Kinder aller Gesellschaftsschichten in *einer* Schule, in der und aus der alle die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Es wird daher in England nur den Weg geben, das öffentliche Schulwesen so auszubauen, daß es niemand mehr für notwendig hält, sündhafte Beträge für eine Internatserziehung im Stil des vorigen Jahrhunderts auszuwerfen, so wie auch heute kaum noch jemand zum Privatarzt geht, da er alles im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zumindest gleichwertig und unentgeltlich haben kann. Beim Erziehungswesen erfordert eine solche Entwicklung allerdings mindestens eine Generation.

Auch im Hochschulwesen hat sich seit Kriegsende eine stille Revolution abgespielt. Zunächst ist naturgemäß ein Anschwellen der Zahl der Studenten um nicht weniger als 66 Prozent zwischen 1939 (50 000) — praktisch 1945 — und 1949 (83 000) festzustellen. Der Zuwachs stammt ausschließlich aus den sozial schwachen Schichten und die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft hat sich damit grundlegend gewandelt. Vor dem Krieg bezogen 43 Prozent der Studenten (und Studentinnen) materielle Zuwendungen in irgendeiner Form aus öffentlichen Mitteln, heute beträgt der Prozentsatz der «unterstützten» Studenten 68. Früher gab es 360 Stipendien des Schulministeriums, heute 920, und eine Erhöhung auf 1020 wurde eben durch-

geführt; eine Studienkommission beantragt eine weitere Steigerung auf 2000. Ähnliches gilt für Stipendien der Universitäten selbst, der lokalen Stellen usw. Der Staatsbeitrag zur Erhaltung der Hochschulen wurde in der gleichen Zeit verfünffacht; es muß nicht erst betont werden, daß das ohne Einschränkung oder «Dirigierung» der Lehr- und Lernfreiheit geschehen ist. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die Universitäten von Oxford und Cambridge heute mit 80, beziehungsweise 78 Prozent «unterstützter» Studenten an der Spitze marschieren und daß der niedrigste Prozentsatz von Unterstützten immer noch über 62 Prozent (an der Londoner Universität) beträgt. Daß ein begabter Mensch aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht die Hochschullaufbahn ergreifen könnte, ist im heutigen England undenkbar.

Damit ist natürlich der sozialistische Wunschzettel in bezug auf das Schulwesen noch nicht ganz erfüllt. Die besonderen, durch das Doppelgeleise in der Erziehung geschaffenen Verhältnisse schaffen besondere Schwierigkeiten, die nicht im Sturmschritt überwunden werden können, die aber überwunden werden müssen, wenn die Labour Party die soziologischen Voraussetzungen für einen dauernden Bestand eines sozialistischen Regimes schaffen will. Das Bildungsprivileg der Besitzenden ist noch nicht vollkommen gebrochen, aber es ist durch die Arbeit der Sozialisten an entscheidenden Stellen derart durchbrochen worden, daß es den Konservativen in ihren kühnsten Träumen nicht einfallen könnte, seine Wiederaufrichtung je wieder zu versuchen.

HENRI PERRET

## *Déclaration universelle des Droits de l'Homme*

Lorsque l'Assemblée constituante française vota, le 12 août 1789, la Déclaration des Droits de l'Homme, cela souleva un enthousiasme immense, plus grand encore qu'au 14-Juillet, à la prise de la Bastille.

Après des siècles de luttes, de souffrances, d'espérance, le peuple devenait souverain; les privilèges de classe s'écroulaient sous la colère et le mépris des masses. Dorénavant tous les citoyens seraient libres, égaux, la loi étant la même pour tous.

La Déclaration des Droits de l'Homme eut un retentissement universel; elle réveilla partout cet instinct puissant de liberté qu'aucune tyrannie ne pourra jamais extirper de la nature humaine. La révolution qu'elle a déchaînée est